



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Doehn, Rudolf: Die Oktoberwahl in Ohio und Karl Schurz.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die Oktoberwahl in Ohio und Karl Schurz.

Wir haben in einer der letzten Nummern dieser Zeitschrift (1. Oktoberheft, S. 69 ff.) darauf hingewiesen, daß die Geldfrage sehr wahrscheinlich einen argen Riß in der nationalen Demokratie der Vereinigten Staaten hervorrufen würde, insofern ein großer Theil der demokratischen Partei, namentlich derjenige, welcher den Osten der Union repräsentirt, für möglichst baldige Wiederaufnahme der Baarzahlung (specie-payment) und gegen Vermehrung des Papiergeldes ist, während ein nicht minder großer, vielleicht noch größerer Theil dieser Partei, derjenige, welcher die Mittelstaaten (Ohio und Pennsylvanien) und den Westen der Union in seiner Gewalt hat oder zu haben glaubt, für Vermehrung des Papiergeldes, d. h. Inflation und folgeweise Repudiation der nationalen Staatsschuld, eintritt. Zugleich machten wir darauf aufmerksam, daß die Staatswahl in Ohio, in der sich einerseits Republikaner und andererseits Inflations-Demokraten gegenüberstanden, sowohl hinsichtlich der Geldfrage, als auch der im nächsten Jahre stattfindenden Präsidentenwahl von der höchsten Bedeutung sein würde.

Unterdessen hat nun diese Staatswahl von Ohio in der ersten Hälfte des Oktobermonats stattgefunden und, wie der Telegraph bereits gemeldet hat, mit einem Siege der republikanischen Partei und einer entscheidenden Niederlage der Inflationsdemokratie geendigt. Die Tollheit und der Uebermuth von inflationistischen Demokraten, wie Gouverneur Allen und Ex-Senator Hendricks, sind bitter bestraft worden, und die ehrliche und gesunde Politik der Hartgeld-Partei ist triumphirend aus der Ohio-Wahlschlacht hervorgegangen. Es soll unsere Aufgabe sein, in Nachstehendem die Hauptursachen der Niederlage der Ohio-Demokratie und ihre etwaigen Folgen etwas näher zu beleuchten.

Verschiedene Anzeichen in dem politischen Entwicklungsgange der Vereinigten Staaten hatten schon seit längerer Zeit darauf hingedeutet, daß die seit 15 Jahren am Staatsruder befindliche Partei der Republikaner im amerikanischen Volke an Boden zu verlieren beginne. Die Frage der Neger-Sklaverei, welche im Wesentlichen zur Entstehung und Bildung der republikanischen Partei, die im Jahre 1860 in Abraham Lincoln ihren ersten Präsidenten erwählte, beigetragen hatte, durfte in der Hauptsache als gelöst erscheinen. Die Nebenaufgaben (side issues) dieser Partei waren mehr untergeordneter Natur und konnten auch, ohne daß letztere die herrschende Partei blieb, erfüllt werden. Dazu kam, daß die Mißregierung und die Corruption der republikanischen Partei von Jahr zu Jahr stiegen; ja, vielleicht wäre dieselbe schon bei der Präsidentenwahl im Jahre 1872 unterlegen, wenn nicht

die „Liberal-Republikaner“ unter Lyman Trumbull, Karl Schurz u. A. verschiedene Fehler gemacht und namentlich Horace Greeley gegen Grant als Präsidentschaftskandidaten aufgestellt hätten. Bei den letzten Kongreßwahlen trat nun die Unzufriedenheit des Volkes mit dem Regimente der „regulären“ oder „Grant-Republikaner“ von Neuem gar deutlich dadurch hervor, daß letztere die seit einer langen Reihe von Jahren innegehabte Mehrheit von Sitzen im Repräsentantenhause der Bundeslegislatur verloren. Die Ausichten der Demokraten auf Erfolg besserten sich zusehends, und wenn dieselben im Stande waren, ihre alten verbissenen, abgenutzten und doppelzüngigen Führer bei Seite zu werfen und an deren Stelle jüngere, ehrliche und fähige Männer zu setzen, so durften sie wohl darauf rechnen, in der Präsidentschaftswahl des Jahres 1876 zu siegen. Sie durften dies um so mehr, wenn es ihnen gelang, eine unbescholtene und geachtete Persönlichkeit als Präsidentschaftskandidaten zu finden und durch ein weises, zeitgemäßes Wahlprogramm die in der Bildung begriffene Partei der „Unabhängigen“ (Independents), zu der u. A. Karl Schurz zählt, zu sich herüberzuziehen.

So ungefähr standen die Sachen, als plötzlich die Inflationdemokraten in Ohio und Pennsylvanien durch ihre verhängnißvolle Geldpolitik der nahezu abgewirthschasteten Partei der Republikaner neue Lebenskraft einflößten.

Man würde sich indessen, nach unserer Ansicht, sehr irren, wenn man das Verdienst, die Inflationisten in der Staatswahl von Ohio besetzt zu haben, den dortigen Republikanern allein oder der regulär-republikanischen Partei überhaupt zuschreiben wollte. Dies Verdienst gebührt zum großen, wenn nicht zum größten Theile der muthigen und energischen Haltung der vom Gouverneur Samuel J. Tilden geführten, durchgreifenden und zeitgemäßen Reformen huldigenden Demokratie des Staates New-York und der siegreichen Beredsamkeit von Karl Schurz, der mit staatsmännischem Blick zur rechten Zeit der guten Sache zur Hülfe eilte. Indirekt mag auch der Umstand zur Niederlage der Inflationspartei in Ohio beigetragen haben, daß letztere die vaterlandslosen Ultramontanen zu ihren Bundesgenossen zählte.

Die am 17. September d. J. zu Syracuse im Staate New-York tagende demokratische Staatsconvention stellte eine Plattform auf, die nur Gold und Silber als „Legal Tender“, d. i. gesetzliches Zahlungsmittel, anerkennt. Diese treffliche Plattform verwirft außerdem jedes uneinlösbare Papiergeld, verlangt schnelle Rückkehr zur Hartgeldwährung und findet die Ursachen der gegenwärtig auch in der nordamerikanischen Union vielfach herrschenden Handelskrisis nicht, wie die meisten Führer der demokratischen Partei in Ohio und Pennsylvanien es thaten und noch thun, darin, daß es in den Vereinigten

Staaten zu wenig, sondern darin, daß es dort zu viel Papiergeld giebt, daß dies Papiergeld uneinlösbar und daher von schwankendem Werthe ist, daß das amerikanische Volk mit seinem Reichthum schlecht gewirthschaftet hat und daß die meisten öffentlichen Verwaltungen in Amerika die Städte und Einzelstaaten, ja die ganze Union leichtsinniger Weise mit Schulden überlastet haben. Sie findet endlich, daß es die Ursache aller dieser großen Uebelstände erneuern und noch vergrößern hieße, wenn man die Masse des uneinlösbaren Papiergeldes vermehren wollte. Wir lassen die Plattform der Demokraten von New-York hier in wörtlicher Uebersetzung folgen; dieselbe lautet:

1) Gold und Silber sind das einzige gesetzliche Zahlungsmittel (the only legal tender), uneinlösbares Papiergeld ist nicht zulässig. — 2) Die Rückkehr zur Baarzahlung ist unausgesetzt anzubahnen; kein Schritt darf hier rückwärts gethan werden. — 3) Die Bundesschuld ist in klingender Münze (coin) zu bezahlen; die Versprechungen der Nation müssen heilig gehalten werden. — 4) Zoll- und Steuerreform (revenue reform): nur der Einkünfte wegen sind Zölle und Bundessteuern zu erheben; keine Betheiligung der Regierung bei Monopolen und kein Schutz derselben durch sie.*) — 5) Selbstregierung (home rule): weise Beschränkung der Beamtenbefugnisse in den Communen, den Einzelstaaten und der ganzen Union; keine übermäßige Centralisation. — 6) Gleiche und prompte Justiz für Alle: keine einseitig parteiische Gesetzgebung (no partial legislation), keine einseitig parteiische Besteuerung (no partial taxation). — 7) Eine freie Presse; keine Knebelungsgesetze (no gag laws). — 8) Freiheit des Individuums; gerechte Accisegesetze; keine Aufwandsgesetze (no sumptuary laws). — 9) Strenge Verantwortlichkeit der öffentlichen Beamten durch eine verbesserte Civil- und Criminalgesetzgebung; aus öffentlichen Geldern darf kein Privatvortheil gezogen werden. — 10) Im Interesse des Gemeinwohls muß der Staat die Controlle über alle Corporationen haben, die von ihm Freibriefe oder Privilegien erhalten haben. — 11) Die herrschende Partei ist für die durch sie veranlaßte Gesetzgebung verantwortlich zu halten. — 12) Das Präsidentenamt ist ein öffentliches Vertrauensamt (a public trust), kein Privaterwerbniß (not a private perquisite); ein dritter Amtstermin des Präsidenten ist unzulässig. — 13) Sparsamkeit in allen öffentlichen Ausgaben, damit die Arbeit möglichst wenig belastet werde.

Dieses Wahlprogramm der demokratischen Partei hat sicherlich einen gesunden metallischen Klang, jenen Klang, von dem der bekannte amerikanische Finanzmann W. C. Cullough sagte, daß er den bisherigen Hartgelderklärungen

*) Wir empfehlen dem „gegen den Strom“ schwimmenden Herrn v. Kardorff, der sich so gern auf amerikanische Zoll- und Steuerpolitik beruft, angelegentlichst das Studium der Plattform der New-Yorker Demokratie.

amerikanischer Parteien gefehlt habe; es wirkte auch wie ein gewaltiger Dämpfer auf das hohle, wilde Geschrei der Inflationsdemagogen von Ohio, rief die Vernünftigeren der dortigen Demokraten zur Besonnenheit zurück und trug in rascher Linie zu der schweren, aber wohlverdienten und hoffentlich heilsamen Niederlage der für Vermehrung des Papiergeldes schwärmenden Partei der Herren Allen, Hendricks u. s. w. bei. Auch ist es nicht unwahrscheinlich, daß die Grundsätze der mitgetheilten New-Yorker Plattform den Grundton der im nächsten Jahre aufzustellenden demokratischen Nationalplattform bilden werden, und daß, wenn mit ihr ein Mann wie Samuel J. Tilden zum Präsidentschaftscandidaten nominirt wird, die so reformirte demokratische Partei in der Nationalwahl siegt.

Neben der Plattform der Demokratie von New-York war es nun noch Carl Schurz, welcher in der Oktoberwahl von Ohio den verderblichen Uebermuth der demokratischen Inflationspartei zu Fall brachte. Die in diesem Staate nicht besonders beliebte Partei der alten Republikaner wäre sicherlich allein nicht im Stande gewesen, dem durch blendende Versprechungen stets anschwellenden Strom der Inflationsdemokratie einen schützenden Damm entgegenzuwerfen; sie bedurfte dazu einer frischeren, unverdorbenen Kraft, als sie in ihren eigenen, von der Corruption so stark zersessenen Reihen zu finden vermochte.

Wenige Stunden, so meldet die „New-York Tribune“, nachdem Schurz, von seiner Reise nach Europa zurückkehrend, in New-York gelandet war, erhielt er von dem Vorsitzenden des republikanischen Wahlcomites in Ohio eine Einladung, die ihn dringend bat, möglichst schnell dorthin zu eilen und der republikanischen Partei seinen Beistand zu leihen. Und Schurz nahm sofort diese Einladung an. Ein gewöhnlicher Mensch hätte vielleicht an Schurz' Stelle anders gehandelt. Es ist nämlich keine lange Zeit verflossen, da stießen dieselben Republikaner, die jetzt um seine Hülfe flehten, Herrn Schurz aus den Reihen ihrer Partei aus. Und weshalb? Aus keinem andern Grunde, als weil er nicht, wie die Morton, die Conkling, die Butler, die Carpenter, die Logan und das ganze übrige Heer herrschsüchtiger und beutegieriger Politiker, ein blinder und unbedingter Anhänger der Grant-Administration war, sondern mit Männern, wie Charles Sumner und Lyman Trumbull, den Muth einer eigenen, ehrlichen Meinung besaß, das Wohl des Landes über das der Partei stellte und die Corruption bekämpfte, wo immer er sie fand. Keiner der genannten Herrn besaß das Ansehen und die Macht, mit Erfolg den inflationswüthigen Schaaren der Ohio-Demokratie entgegenzutreten. Die bedrängten Republikaner von Ohio sahen sich gezwungen, zu dem ebenso gefürchteten, wie geachteten Adoptivbürger ihre Zuflucht zu nehmen; denn die ganze Administrationspartei hatte keinen Staatsmann und Redner

aufzuweisen, der mit demselben Talente und derselben moralischen Kraft, wie Schurz es vermochte, den Inflationisten die Spitze bieten konnte.

Karl Schurz besaß Edelmuth und Vaterlandsliebe genug, um ohne Zögern den Kampf mit der Inflationsspartei aufzunehmen und siegreich zu Ende zu führen. Am 27. September hielt er in der Turnhalle zu Cincinnati eine seiner besten Reden, in welcher er mit ebenso viel logischer Schärfe, wie oratorischer Eindringlichkeit das Verwerfliche und Verderbliche der Papiergeldpolitik bloßlegte. Seine zündenden Worte waren aber nicht nur an die Tausende von Zuhörern gerichtet, zu denen er grade sprach, sondern an alle patriotischen und verständigen Männer in der ganzen Union. Schon am nächsten Morgen, nachdem er seine Rede gehalten, hatte der Telegraph die wichtige Rundgebung in ihrem Wortlaute über das ganze Land verbreitet; ihre Besprechung aber und ihre Erörterung bilden seitdem in Amerika einen der Hauptgegenstände des Tages.

Uns liegt die Schurz'sche Rede in extenso vor; der uns zugemessene Raum läßt uns aber nur einige Stellen aus dem Eingange derselben mittheilen, worin er seine gegenwärtige politische Stellung etwas näher definiert. Schurz sagte u. A.: „Bei der Annahme der an mich ergangenen Einladung, das Volk von Ohio zu Gunsten eines ehrlichen Zahlungsmittels anzureden, leistete ich meinem eigenen Pflichtgefühl Folge, da ich mir der Tragweite der Frage und der weitreichenden Wichtigkeit der Entscheidung, welche das Volk von Ohio binnen Kurzem an der Stimmurne fällen soll, wohl bewußt bin. Ehe ich jedoch die Fragen dieses Wahlkampfes bespreche, schulde ich Ihnen, meine Mitbürger, eine vorhergehende Erklärung persönlicher Natur. Es wurde mir nämlich mitgetheilt, daß mein Auftreten in dieser Wahlcampagne als Theil eines verabredeten Plans hingestellt worden ist, der dahin gehen soll, die unabhängigen Stimmgeber des Landes in die Reihen der republikanischen Partei zu führen und dieselben zur Unterstützung des Candidaten dieser Partei in dem Präsidentschaftswahlkampfe des Jahres 1876 zu verpflichten. Diese Behauptung ist eine leere Erfindung (an idle invention). Mir ist kein derartiger Plan bekannt. Sollte er aber wirklich existiren, so würde ich mich nicht daran betheiligen. Die unabhängigen Wähler (the independent voters) haben ihre eigenen Ansichten und ich respectire dieselben zu sehr, als daß ich annehmen könnte, sie würden sich von einem einzelnen Individuum oder von einer Combination von Individuen auf die eine oder die andere Seite bringen lassen. Außerdem aber suche ich nicht nur keinen Andern mit Bezug auf die Präsidentschaftswahl des nächsten Jahres zu verpflichten (to commit), sondern ich beabsichtige auch, mich selbst nicht zu binden. Ich behalte mir in dieser Frage die vollste Freiheit der Entscheidung vor, um eine solche zu treffen, sobald die Nothwendigkeit dazu vorliegt; und ich rathe Jedem dasselbe zu

thun. Meine Stellung zur republikanischen Partei ist kein Geheimniß. Ich hielt es für meine Pflicht, als Bundes senator und als Bürger den Irrthümern und Ausschreitungen jener Politiker entgegenzutreten, welche die Controlle über die genannte Partei führten, sowie die Mißbräuche anzugreifen, welche sich unter Führerschaft dieser Herren entwickelten. Ich war dabei im Ernst. Ich war zur Zeit, wo ich so handelte, der Ansicht, daß ich Recht hätte, und es ist keine bloße Halsstarrigkeit (not mere stubbornness), wenn ich sage, daß ich auch jetzt noch derselben Ansicht bin. Ich habe nicht nur Nichts zurückzunehmen, sondern ich bin auch dessen gewiß, daß die kürzlich erfolgten Enthüllungen von Corruptionen manchen guten und gewissenhaften Republikaner davon überzeugt haben, daß die Organisation der republikanischen Partei sich manche Erniedrigungen (humiliations) erspart haben würde, wenn man meine und meiner Freunde Mahnrufe seiner Zeit beachtet hätte. — Es ist deshalb keine sentimentale Parteinahme (no sentimental partiality) für die republikanische Partei, was mich hierher führt. Es bleibt abzuwarten, ob die republikanische Partei eine solche Stellung einnehmen wird, daß sie bei der nächsten Präsidentenwahl der Unterstützung werth ist. Es bleibt auch abzuwarten, ob die Demokraten dieses thun werden. Meine Ansicht war schon seit längerer Zeit, und ich habe dieselbe niemals verheimlicht, daß die wahrhaft patriotischgesinnten Bürger der Republik sich auf keine von beiden Parteien unbedingt verlassen sollten. Daß wohlmeinende Bürger sich so häufig in der Lage befanden, eine Partei unterstützen zu müssen, nicht weil dieselbe ihren Beifall oder ihr Vertrauen besaß, sondern weil die Gegenpartei noch schlechter zu sein schien, das ist nicht nur eine politische Sachlage, die eines freien, intelligenten und hochherzigen Volkes unwürdig ist, sondern es ist auch eine der Hauptursachen der Corruption und Demoralisation unseres politischen Lebens überhaupt. In dieser nicht beneidenswerthen Lage haben wir uns seit Jahren befunden, und im Staate Ohio ist jetzt Etwas im Gange, das diese Sachlage nur in noch verschlimmter Form (in an aggravated form) auf den Wahlkampf von 1876 zu übertragen droht.“

Nach dieser Einleitung ging dann Schurz auf die eigentliche Behandlung der brennenden Geldfrage selbst ein und wies durch eine Anzahl schlagender Argumente nach, daß nicht nur die materiellen Interessen, sondern auch der Charakter, der gute Name und das innerste Wesen des amerikanischen Volkes großen, unersehblichen Schaden leiden würden, wenn die Befürworter der Inflationpolitik zunächst in der Staatswahl den Sieg davon trügen.

Eine New-Yorker Correspondenz der „Köln. Zeitung“, datirt vom Anfang dieses Monats, bestätigt unser Urtheil über die Schurz'sche Rede und fügt dann hinzu, daß der frühere Senator von Missouri stets und unter allen Umständen das Ohr der amerikanischen Nation haben, stets und unter

allen Umständen seinen mächtigen Einfluß auf sie würde geltend machen können, ganz gleich, ob er durch die Spalten eines Blattes, durch das Mundstück einer sogenannten „Interview“, bei einem Banket oder von der Rednerbühne einer Volksversammlung sprechen würde. „Einfacher Privatmann“, sagt der bezeichnete Correspondent, „wie Schurz doch jetzt wieder ist, durfte er nur von Europa zurückkehren und sich bereit erklären, die Lippen zu öffnen, um auch sofort wieder der Mann des Tages zu sein. Wie sehr auch der Senat seiner bedürfen mag (und schon die nächste Sitzung des Kongresses wird zeigen, was dieses „wie sehr“ eigentlich bedeutet), Karl Schurz bedarf des Senates nicht. Und zum Glück bedarf auch die Deffentlichkeit seiner nicht im Senate. Sie weiß, wo sie den unerschrockenen, nicht nur die Fülle staatsmännischer Weisheit, sondern auch das Prinzip unantastbarer Ehrenhaftigkeit in der Politik darstellenden Mann zu finden hat, wenn sie seiner bedarf. Und sie wird ihn finden! Aber noch Eines hat dem Eintritt von Schurz in den Wahlkampf Ohio ein ganz besonderes Interesse verliehen. Mit kaum minderer Spannung, als seinem Erfolge in der brennenden Geldfrage, um die es sich dabei handelt, sah man der Erklärung des Ex-Senators über seine persönliche Stellung zu den beiden Parteien entgegen. Zwar konnte von einer Gemeinsamkeit mit den Demokraten von vorn herein keine Rede sein, da gerade diese es in Ohio sind, die als Papiergeld-Fraction bekämpft werden müssen. Um so lebhafter waren die Hoffnungen der Republikaner, den im nämlichen Ohio in der Finanzfrage auf ihre Einladung hin und Seite an Seite mit ihnen Kämpfenden auch in anderen Fragen in ihre Reihen zurückkehren zu sehen. Durch diese Hoffnungen nun hat Schurz einen gründlichen Strich gemacht. In den entschiedensten Worten erklärte er gleich im Eingange seiner Rede (s. obiges Citat aus derselben) zu Cincinnati, daß er lediglich in der Geldfrage, die er als höchste derzeitige Lebensfrage für die amerikanische Nation erachte, Theil an dem Wahlfeldzuge nehme, und daß diese Theilnahme nur insofern den Republikanern gelte, als diese in Ohio auf jener Seite der Frage ständen, für die einzustehen sein Gewissen und seine Bürgerpflicht auch ihn zwingen. Und nicht genug damit. Im selben Athem spendete er den Demokraten von New-York für ihre Haltung in der Geldfrage eben so warm ein aufrichtiges Lob, wie er über deren Parteigenossen in Ohio für ihre entgegengesetzte Haltung das Maß rückhaltslosester Verurtheilung ausschüttete. Mannhafter und klarer hätte er seine Unabhängigkeit nicht wahren, glänzender und siegreicher dem Volke und den Politikern der Union nicht die Möglichkeit vorführen können, daß der wahre Staats- und Volksmann auch ohne die Maschinerie einer Partei hinter sich, lediglich durch sein Talent und seine Gesinnung eine Macht sein könne.“

Wer nach dem Gesagten unbefangenen Blicks die Oktoberwahl von Ohio und die dabei hauptsächlich mitwirkenden Factoren ins Auge faßt, kann nicht umhin zu gestehen, daß der Sieg der Republikaner in Ohio über die dortigen Demokraten im Wesentlichen durch die Beschlüsse der New-Yorker Demokratie, die man gegenwärtig meistens als die „Tilden-Demokratie“ zu bezeichnen pflegt, und die so bereitwillig und wirksam geleistete Hülfe von Karl Schurz ersochten worden ist. Ganz ohne günstigen Einfluß sind natürlich auch einige andere Umstände nicht gewesen. Wir rechnen hierher eine Volksabstimmung im Staate New-Jersey über einige Zusätze zur dortigen Staatsverfassung, welche den Ultramontanen jeden Einfluß auf die Volksschulen abschneiden und allen Sectenschulen den Mitgenuß des öffentlichen Schulfonds versagen. Auch eine Rede, welche Präsident Grant kurz vor der Ohiomahl in der Stadt Desmoines im Staate Iowa hielt und worin er sehr bestimmt auf die von den Ultramontanen den freiheitlichen Institutionen der Vereinigten Staaten drohenden Gefahren hinwies, feuerte die patriotischen und freisinnigen Wähler von Ohio an, gegen die demokratische Partei zu stimmen, da diese lebhaft von den Ultramontanen unterstützt wurde. Die Hülfe der Römlinge hat somit den Ohiodemokraten mehr geschadet, als genützt.

Was endlich noch die etwaigen Folgen des Resultates der Ohiomahl anbetrifft, so läßt sich darüber bis jetzt wenig Bestimmtes sagen. In Pennsylvanien wird die Inflationspartei unter allen Umständen siegen, denn dort haben sowohl die Republikaner, als auch die Demokraten die Inflationstheorien auf ihr Banner geschrieben. Im Staate New-York triumphirt selbstverständlich die Hartgeldpartei, weil dort beide Parteien, die Republikaner wie auch die Demokraten, dieselbe vertreten. Auf die im nächsten Jahre stattfindende Präsidentenwahl aber kann und wird das Ergebnis der Ohiomahl nur günstig einwirken, mag der Candidat der Demokraten oder der Candidat der Republikaner siegreich aus der Wahlurne hervorgehen. Wenn aber der Telegraph, welcher die Nachricht von dem Siege der Republikaner in Ohio brachte, auch als eine Folge davon die Wiederherstellung der Einheit in der republikanischen Partei in sichere Aussicht stellte, so ist diese Meldung jedenfalls zu gewagt und nach der Parteistellung, die Schurz in seiner Rede vom 27. v. M. einnahm, ganz unbegründet. Viel eher wäre noch das Zustandekommen einer dritten Partei, der Partei der „Unabhängigen“ (Independents), der, wie gesagt, Schurz angehört, bis Mai des Jahres 1876 im Bereiche der Möglichkeit.

Rudolf Doehn.